

Globalisierung, transnationale Konflikte und der Frieden in der Weltgesellschaft

Von Christoph Weller

Im 20. Jahrhundert waren es *internationale* Konflikte, welche die größte Bedrohung für den Weltfrieden darstellten. In Kriegen zwischen Staaten und militärischen Allianzen zeigte sich das mit Abstand größte Ausmaß organisierter Gewalt. Atomar bestückte Waffenarsenale und militärische Abschreckung dominierten die Bedrohungsszenarien bis zum Ende der 1980er Jahre. Zwar wurden die Militärpotenziale seit dieser Zeit nicht ernsthaft zurückgefahren, aber die von ihnen ausgehende Bedrohung wird heute anders eingeschätzt. Wir leben seit dem Ende des Ost-West-Konflikts in einer anderen globalen Konfliktkonstellation. Sie lässt sich unterschiedlich beurteilen und aus verschiedenen Blickwinkeln beschreiben. Eines ihrer wichtigsten Kennzeichen ist die Transnationalisierung von Konflikten und Bedrohungen. In diesem Beitrag stehen die Zusammenhänge zwischen der Globalisierung und dem weltweiten Konfliktgeschehen im Mittelpunkt. Es wird im 21. Jahrhundert geprägt von nichtstaatlichen Akteuren, ihren Interessen und transnationalen Konfliktgegenständen.

Transnationale Konflikte sind dadurch gekennzeichnet, dass es sich um eine grenzüberschreitende Konfliktbeziehung handelt und mindestens eine der Konfliktparteien kein Staat ist. Wenn Greenpeace transnationale Konzerne wegen ihrer umweltgefährdenden Produktionsweise an den Pranger stellt, Staaten versuchen, gegen transnationalen Drogenhandel, Schleuserkriminalität und Produktpiraterie vorzugehen oder wenn Terroristen Anschläge im Ausland verüben, handelt es sich jeweils um transnationale Konflikte. Dabei wird mit „Konflikt“ nicht die gewaltsame Austragungsform einer Auseinandersetzung, sondern die Existenz unvereinbarer Interessen oder Wertvorstellungen bezeichnet. Dass es im 21. Jahrhundert neben internationalen vermehrt transnationale Konflikte gibt, ist sowohl Folge als auch Kennzeichen der Globalisierung.

Entsprechend werden im ersten Teil dieses Beitrages die für die Zunahme transnationaler Konflikte entscheidenden Entwicklungen und Strukturmerkmale des Globalisierungsprozesses beschrieben. Anschließend wird herausgearbeitet, welche globale Konfliktkonstellation sich daraus entwickelt hat, welche transnationalen Akteure darin eine besondere Rolle spielen und welche Konsequenzen dies für die Formen der Konfliktaustragung hat. Es sind Konflikte der Weltgesellschaft (vgl. Bon-

acker/Weller 2006), mit denen wir heute konfrontiert sind. Sie stellen eine enorme Herausforderung für die Staatenwelt und auch für unser Denken in den Kategorien von Nation, Staat, Außenpolitik und internationalem System dar. Im letzten Abschnitt werde ich deshalb darauf eingehen, wie sich über den Frieden in der Weltgesellschaft nachdenken lässt, welche Institutionen ziviler Konfliktbearbeitung für transnationale Konflikte bereitstehen und welche Maßnahmen einer Zunahme transnationaler Gewaltkonflikte entgegenwirken könnten.

1) Strukturwandel im Globalisierungsprozess

Ein wichtiges Kennzeichen der Globalisierung ist ein Strukturwandel der internationalen Beziehungen, der sich spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts erheblich beschleunigt hat (vgl. Scholte 2005). Dabei lassen sich vier Strukturelemente unterscheiden, bei denen sich jeweils ein Prozess der Entgrenzung, also des Bedeutungsverlusts zwischenstaatlicher Grenzen, beobachten lässt. Im Vordergrund der Betrachtungen stehen zumeist die Strukturen der Weltwirtschaft, deren Liberalisierung zu einem massiven Anstieg grenzüberschreitenden Geld-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs geführt hat. Diese Entwicklungen gehen einher mit einem technologischen Wandel bei den Kommunikations- und Transportmöglichkeiten. Die weltweite Vernetzung von Computern und der verbilligte Flugverkehr haben teilweise erst die Voraussetzungen für eine globalisierte Wirtschaft geschaffen. Zugleich beschleunigt die globalisierte Wirtschaft den grenzüberschreitenden Daten- und Informationsverkehr. Damit haben sich auch die gesellschaftlichen Kommunikations- und Austauschstrukturen entgrenzt und globalisiert. Auslandsreisen, direkte Kontakte mit Menschen, die in anderen Ländern oder Kulturen leben, und die Nutzung der globalen Informationsressource Internet ermöglichen individuelle Erfahrungen mit dem Globalisierungsprozess.

Ein drittes Element des beschriebenen Strukturwandels zeigt sich in der internationalen Politik. Zum Teil haben politische Entscheidungen für eine Liberalisierung des Welthandels wichtige Voraussetzungen für die Dynamik der Globalisierung geschaffen. Teilweise ist die Internationalisierung von Politik aber auch zu verstehen als Reaktion auf globale politische Herausforderungen, die sich im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Globalisierung verstärkt haben (Umwelt, Sicherheit, Infektionskrankheiten, Migration, Korruption, Drogen etc.). Weil sich diese globalen Herausforderungen nicht mehr mit einzelstaatlichen Maßnahmen erfolgreich bearbeiten lassen, gewinnen inter- und supranationale Institutionen sowie regionale zwischenstaatliche Kooperationsstruktu-

ren zunehmend an Bedeutung. Die unaufhaltsame Internationalisierung nahezu aller Politikfelder – von der Agrar- über die Bildungs- und Gesundheitspolitik bis hin zur Verkehrspolitik – bringt eine Struktur der internationalen Politik hervor, in der einzelstaatliche Macht- und Interessenspolitik unter verstärkter Einflussnahme gesellschaftlicher Akteure steht und nicht unabhängig von internationalen Normen und Institutionen betrieben werden kann.

In diesem Zusammenhang lässt sich als viertes Strukturelement des Globalisierungsprozesses ein Bedeutungszuwachs internationaler und weltgesellschaftlicher Normen und Wertvorstellungen beobachten. Sie werden teilweise von internationalen Institutionen repräsentiert (z.B. UN-Charta, Umweltregimes etc.), teilweise aber auch in weltgesellschaftlichen Kommunikationszusammenhängen etabliert und fortentwickelt („Weltkultur“), so dass sie einen normativen Bezugspunkt für staatliche wie gesellschaftliche Aktivitäten in der internationalen Politik bilden. Das bedeutet nicht, dass sich Staaten und transnationale Akteure konsequent an internationale Normen halten und in ihrem Handeln immer an transnationalen Werten orientieren. Aber angesichts einer potenziell herstellbaren Weltöffentlichkeit verstärkt sich in der inter- und transnationalen Politik die Anforderung an normenorientierte Interaktion und Kommunikation, sowohl zur Rechtfertigung von Außen- und internationaler Politik als auch zum Zwecke ihrer (welt-) gesellschaftlichen Kritik. Die Bemühungen der US-amerikanischen Regierung zur Rechtfertigung ihres militärischen Vorgehens im Irak mit Bezug auf internationale Normen als auch die grenzüberschreitend organisierten Proteste gegen den Irak-Krieg 2003 sind Beispiele für die wachsende Bedeutung dieser normativen Struktur der Weltgesellschaft (vgl. Meyer 2005).

In welcher Weise diese vier Strukturelemente in Zukunft zusammen- und aufeinander einwirken werden, lässt sich nicht vorhersagen. Wirtschaftliche Interessen und die Entwicklungen der Kommunikationstechnologie befördern weitere Globalisierungsprozesse, während aus politischen Gründen bestimmte Grenzziehungen in den letzten Jahren wieder stärker betont werden. Hier spielen staatliche Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen, aber auch kulturelle Unterschiede eine wesentliche Rolle. Dies hat Auswirkungen auf die Entwicklung und die Austragungsformen transnationaler Konflikte. Auseinandersetzungen über differierende Normen und Wertvorstellungen beinhalten eine besondere Eskalationsgefahr und lassen sich nur schwer verregeln oder gar lösen. Sind Staaten eine zentrale Konfliktpartei in transnationalen Konflikten, besteht eine erhöhte Gefahr, dass sie auch unter Einsatz von Gewalt ausgetragen werden.

Es wird in erheblichem Maße davon abhängen, wie die transnationalen Konflikte in Zukunft bearbeitet werden können, ob der Globalisierungsprozess insgesamt weiter voranschreiten oder zu neuen Fragmentierungen auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene führen wird. Eine Zunahme gewaltsam ausgetragener transnationaler Konflikte würde der weiteren Entgrenzung internationaler Beziehungen zweifellos entgegenstehen. Schon heute aber lässt sich eine globale Konfliktkonstellation erkennen, die geprägt wird vom Strukturwandel des Globalisierungsprozesses. Durch ihn hat sich sowohl die Menge der (potenziellen) Konfliktgegenstände als auch die Zahl von inter- und transnationalen Konflikt-Akteuren vervielfacht.

2) Konflikte im Globalisierungsprozess

Aus dem beschriebenen Strukturwandel des Globalisierungsprozesses durch wirtschaftliche Entgrenzung, globale Kommunikation, gemeinsame Normen und Wertbezüge sowie die Internationalisierung der Politik sollen beispielhaft drei Dynamiken herausgegriffen werden, um das transnationale Konfliktpotenzial etwas zu veranschaulichen (vgl. auch Debiel et al. 2006). In Europa wird in diesem Zusammenhang vor allem der Abbau von Sozialstaatlichkeit diskutiert, der aufgrund wirtschaftlicher Globalisierung einem verschärften globalen Standortwettbewerb geschuldet sei. So nutzen wirtschaftliche Akteure die Unterschiede bei Sozial- und Umweltstandards zur Produktionsverlagerung für eine möglichst kostengünstige Produktion – mit der Gefahr sinkender Standards auch in hochentwickelten Ökonomien, die sich damit im globalen Standortwettbewerb behaupten wollen. Während sich dadurch die Situation für global agierende Wirtschaftsunternehmen deutlich verbessert, fällt es den gewerkschaftlichen oder globalisierungskritischen Kräften und Organisationen sehr schwer, ihre Interessen grenzüberschreitend zu organisieren und zur Geltung zu bringen sowie als konfliktfähiger Akteur in der Weltgesellschaft zu agieren. So überwiegt derzeit der Eindruck, dass der wirtschaftliche und technologische Wandel schneller vonstatten geht, als politische Prozesse der inter- und transnationalen Institutionenbildung, Regelsetzung und Normdurchsetzung darauf reagieren können.

Die ambivalenten Wirkungen des Globalisierungsprozesses auf das transnationale Konfliktgeschehen zeigen sich in besonderer Weise bei den Entwicklungen der modernen Kommunikationstechnologien. Sie ermöglichen nicht nur die zur globalisierten Wirtschaft gehörigen sekundenschnellen Finanztransfers quer durch die ganze Welt, sondern auch die problemlose grenzüberschreitende

Kommunikation und Information über neue oder gar bedrohliche Entwicklungen außerhalb des eigenen Staates. Besonders aufmerksam wurde in den vergangenen Jahren die Frage behandelt, ob Massenmedien mit ihrer Berichterstattung die Agenda der Außen- und internationalen Politik mitbestimmen können. Auf diesem Wege können lokale Gewaltkonflikte mithilfe globaler massenmedialer Berichterstattung zu Themen der internationalen Politik werden. Darüber findet nicht nur eine Globalisierung regionaler Gewaltkonflikte statt, sondern auch die Thematisierung dieser Konflikte in einer transnationalen, potenziell globalen Öffentlichkeit – mit der Folge politischer Konflikte darüber, wie sich die jeweils eigene Regierung oder gesellschaftliche Organisation zu diesen Gewaltkonflikten verhalten soll. Die globalen Kommunikationsmedien schaffen neue Möglichkeiten, politische Fragen – insbesondere solche der internationalen Politik – in der Weltgesellschaft diskutieren zu können. Und die besondere Aufmerksamkeit der Massenmedien für Konflikte und Gewalt leistet ihren eigenen Beitrag dazu, die Weltöffentlichkeit über die Gewalteskalation transnationaler Konflikte zu informieren (vgl. Weller 2000, 2002).

Auch im Bereich der Normen, wie mit inter- und transnationalen Konflikte umgegangen werden soll, hat der Globalisierungsprozess zusätzliche Dynamiken in Gang gesetzt. Nach den Weltkriegserfahrungen im 20. Jahrhundert hatte sich ein breiter globaler Konsens über die friedliche Streitbeilegung herausgebildet, der auch in entsprechenden völkerrechtlichen Normen kodifiziert wurde, etwa in der Charta der Vereinten Nationen (Kap. VI, Art. 33). Diese zunächst zwischenstaatlich etablierten Normen sind inzwischen auch zu weltgesellschaftlichen Normen geworden. Vielfach sind es heute vor allem gesellschaftliche Akteure, die sich in transnationalen Netzwerken oder Organisationen zusammenschließen und die Einhaltung völkerrechtlicher Normen und den Schutz der Menschenrechte einfordern. Gerade aufgrund eines sich mehr und mehr global vereinheitlichenden Verständnisses von Menschenrechten und anderen Normen der Konfliktaustragung entsteht daraus auch ein erhöhter Handlungsdruck für staatliche Akteure, ihre Außenpolitik an solchen Normen zu orientieren. Zugleich aber offenbart der Normendiskurs in der Weltgesellschaft auch die differierenden Verständnisse globaler Regelwerke und ihrer Auslegung sowie die Unterschiede in Werthaltungen und Weltbildern. Die geschilderte Dynamik bringt also auch neue transnationale Konflikte hervor, für die sich die geeigneten Formen und Institutionen zu ihrem geregelten Austrag erst noch entwickeln müssen.

3) Transnationale Konflikte der Weltgesellschaft

Durch den Bedeutungsverlust staatlicher Grenzen im Globalisierungsprozess haben sich die globalen Konfliktkonstellationen in entscheidender Weise verändert. In früheren Zeiten ließ sich das Konfliktgeschehen noch entlang staatlicher Grenzen unterscheiden. Es gab auf der einen Seite gesellschaftliche Konflikte, die sich innerhalb staatlicher Grenzen abspielten und sich dort auch regeln und bearbeiten ließen. Auf der anderen Seite existierten internationale, also vor allem zwischenstaatliche Konflikte, für deren Regelung völkerrechtliche Normen und Institutionen vorhanden waren. Organisierte Gewaltanwendung innerhalb von Staaten betraf zumeist die Konflikte um den Herrschaftsapparat oder unterschiedliche Formen politischer Herrschaft. In diese Bürgerkriege mischten sich zwar häufig auch auswärtige Staaten und Regierungen ein. Doch geschah dies unter den ideologischen Vorzeichen des Ost-West-Konflikts und galt folglich als Teil einer zwischenstaatlichen Konfliktkonstellation.

Diese Unterscheidung zwischen innerstaatlichen und internationalen Konflikten verliert in der Weltgesellschaft ihre Bedeutung. Die meisten zwischenstaatlichen Konflikte ergeben sich heute aus den Dynamiken transnationaler Beziehungen, etwa dem Handel mit Technologie für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen, transnationalen Terroranschlägen oder Migrationsströmen. Und viele innerstaatliche Konfliktgegenstände werden heute durch globale Zusammenhänge beeinflusst oder möglicherweise erst hervorgebracht. Wenn Industrieunternehmen ihre Produktion aus Kostengründen ins Ausland verlagern und in der Folge inländische Werksschließungen vornehmen, entsteht ein vornehmlich lokaler Konflikt. Er hat seine Ursache in der globalisierten Weltwirtschaft und dem vereinfachten grenzüberschreitenden Austausch von Waren und Finanzen. Der Konflikt austrag geschieht jedoch nach den im jeweiligen Staat geltenden Normen und Regeln, z.B. durch Streiks, juristische Auseinandersetzungen oder Vereinbarungen zwischen Tarifparteien.

Ein anderes Beispiel für die globalen Einflüsse auf innerstaatliche Konflikte sind die politischen Auseinandersetzungen über Außen- und internationale Politik in Folge von Ereignissen, die sich in anderen Ländern abspielen. Wenn etwa nationale Wahlen anhand der politischen Auseinandersetzung darüber entschieden werden, ob militärische Interventionen zur Demokratisierung anderer Staaten gerechtfertigt sein könnten, wirken jeweils die globalen, weltgesellschaftlichen Ereignisse auf nationale Konfliktkonstellationen ein. In diesem Zusammenhang lässt sich eine stärkere Vergesellschaftung von Außen- und internationaler Politik beobachten. Die gesellschaftliche Aufmerk-

samkeit für Fragen der internationalen Politik steigt und damit auch die Einflussversuche von Interessengruppen auf außenpolitische Entscheidungen.

Im Vorfeld von internationalen Gipfeltreffen oder Verhandlungsrunden wie beispielsweise globalen Klimakonferenzen, Treffen der EU-Agrarminister oder WTO-Verhandlungen versuchen Interessengruppen und soziale Bewegungen, ihre jeweilige nationale Regierung auf bestimmte Positionen oder Minimalziele zu verpflichten. Dabei kann es durchaus gegensätzliche Auffassungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren, etwa Umwelt- und Autolobby, geben. Weil sie die Betroffenen der international vereinbarten Regelungen sind, wollen sie auf dem Weg über nationale Regierungen ihren Einfluss geltend machen. Die daraus resultierenden oder sich verschärfenden innerstaatlichen Konflikte sind ein weiteres Beispiel für den Einfluss globaler Zusammenhänge und Regelungen auf das Konfliktgeschehen innerhalb von Gesellschaften und Staaten, was wiederum auch deutlich davon geprägt wird, wie eine Regierung außenpolitisch in dem jeweiligen Politikfeld agiert.

Die wachsende Durchlässigkeit staatlicher Grenzen im Globalisierungsprozess eröffnet Interessengruppen und sozialen Bewegungen auch die Möglichkeit, selbst grenzüberschreitend tätig zu werden und sich transnational zu organisieren. Insbesondere zu Problemfeldern der Globalisierung haben sich transnationale Organisationen und Netzwerke gebildet, die unmittelbar auf internationale Verhandlungsprozesse und Institutionen, etwa auf die Europäische Union, einwirken wollen. Internationalen Nichtregierungs-Organisationen (INGOs – International Non-Governmental Organizations) wird auch im Rahmen der Vereinten Nationen ein zunehmend wichtiger Status eingeräumt. Dies zeigte sich besonders deutlich bei den verschiedenen Weltkonferenzen der 1990er Jahre (vgl. Fues/Hamm 2001).

Die beschriebenen Entwicklungen bedeuten eine Vervielfachung der Akteure in der internationalen Politik. Damit steigt auch die Vielfalt der Interessen, die auf internationaler Ebene in Konflikt miteinander geraten können. Zudem bilden sich transnationale Koalitionen, so dass die Konfliktlinien der internationalen Politik nicht mehr primär entlang zwischenstaatlicher Grenzen verlaufen, sondern quer dazu liegen. Transnationale Konfliktparteien und -koalitionen können sich bilden, etwa unter Einschluss von INGOs, gesellschaftlichen Oppositionsgruppen aus dem einen und den Regierungen anderer Staaten, wie dies beispielsweise im Konflikt um den Krieg gegen den Irak Saddam Husseins der Fall war. Aber auch im globalen Klimaschutz, bei der Welthandelsordnung oder beim

Schutz der Menschenrechte gibt es solche transnational verlaufenden Konfliktlinien, die für die internationale Politik inzwischen von großer Bedeutung sind (vgl. auch Mutz et al. 2006).

4) Austragungsformen transnationaler Konflikte

Die meisten dieser transnationalen Konflikte werden ohne Gewalt ausgetragen. Wenn transnationale Konzerne um globale Marktanteile konkurrieren, Globalisierungsgegner ihren Protest international koordinieren, amnesty international einzelne Staaten für ihre mangelhafte Menschenrechtspolitik kritisiert oder MigrantInnen und Diasporagruppen die politische Opposition in ihrem Herkunftsland unterstützen, orientieren sie sich an Regeln ziviler Konfliktbearbeitung (vgl. Weller/Kirschner 2005). Sie nutzen die ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel – finanzielle Anreize oder Abhängigkeiten, die öffentliche Meinung, internationales Renommee, Publizität etc. -, um ihre Interessen durchzusetzen. Gewalt spielt dabei in aller Regel keine Rolle, weil sich die gesellschaftlichen Akteure auch in transnationalen Konflikten an die innerstaatlich wie international geltenden Normen der Konfliktaustragung gebunden fühlen.

Doch zweifellos werden manche transnationalen Konflikte auch mit Gewalt ausgetragen. Hierzu gehören nicht nur der transnationale Terrorismus, sondern vor allem Auseinandersetzungen, die auf dem Territorium zerfallender Staaten ausgetragen werden. Häufig wird in diesem Zusammenhang von „prekärer Staatlichkeit“ gesprochen, weil die staatlichen Organe nicht in der Lage sind, das Gewaltmonopol des Staates aufrechtzuerhalten und die Regeln einer gewaltfreien Konfliktaustragung zu gewährleisten und gegebenenfalls auch durchzusetzen. In diesen gewaltoffenen Räumen herrschen Warlords, lokale Milizen, Guerillagruppen, Drogenbarone oder Terrororganisationen durch Anwendung und Drohung mit Gewalt. Für die Aufrechterhaltung ihrer Macht sind sie auf vielfältige grenzüberschreitende Beziehungen angewiesen. Hierzu gehören Waffen- und Munitionshandel, der Verkauf von Rohstoffen und Erzeugnissen, die auf dem kontrollierten Gebiet angebaut bzw. ausgebeutet werden, sowie häufig politische Beziehungen in Nachbarstaaten. Ohne die vereinfachten grenzüberschreitenden Interaktionen, auch und gerade in Bezug auf illegale Aktivitäten, könnten diese so genannten Gewaltökonomien nicht aufrechterhalten werden (vgl. Ruf 2003).

Dass transnationale Konflikte in besonderer Weise in der Gefahr stehen, in gewaltsame Austragungsformen zu eskalieren, hat vornehmlich drei Gründe. Zum ersten sind in vielen Fällen Machtressourcen und Konfliktfähigkeit zwischen den Konfliktparteien sehr ungleich verteilt. Während

viele Konfliktparteien innerhalb demokratischer Staaten als untereinander ungefähr ebenbürtig gelten können (Tarifparteien, organisierte Interessen etc.), trifft dies auf transnationale Konflikte zu meist nicht zu. Hier stehen etwa Transnationale Konzerne lokalen Umweltgruppen oder Bürgerinitiativen gegenüber. Zum zweiten ist in vielen transnationalen Konflikten eine der Konfliktparteien ein Staat, dem Gewaltmittel und deren legaler Einsatz zur Verfügung stehen. Und zum dritten fehlen für zahlreiche transnationale Konfliktkonstellationen die entsprechenden Institutionen für die geregelte, zivile Konfliktbearbeitung. Was innerhalb von Staaten mit demokratischen oder rechtsstaatlichen Verfahren, unterstützt durch Maßnahmen des sozialen Ausgleichs und eine Kultur konstruktiver Konfliktbearbeitung geregelt werden kann, bleibt auf transnationaler Ebene häufig unreguliert. Zwar liefern das Völkerrecht oder andere zwischenstaatliche Vereinbarungen die entsprechenden Normen für den gewaltlosen Umgang mit transnationalen Konflikten. Doch die nichtstaatlichen Konfliktparteien fühlen sich in zahlreichen Fällen daran nicht gebunden und da das Völkerrecht keine unabhängige Durchsetzungsinstanz kennt, wird auch der staatliche Einsatz von Gewalt in transnationalen Konflikten nur selten sanktioniert. Die gesamte Anti-Terror-Politik seit dem 11.9.2001 ist ein vielfach gewaltsam ausgetragener transnationaler Konflikt mit erheblichem Eskalationspotential (siehe z.B. Afghanistan, Irak).

Zwar lassen sich auch vielfach die Bemühungen staatlicher Regierungen beobachten, mit den ihnen vertrauten Mitteln zwischenstaatlicher Institutionen (bilaterale Zusammenarbeit, internationale Institutionen und Organisationen, Krieg etc.) auch transnationale Konflikte zu bearbeiten. Dies gelingt aber nur bruchstückhaft, weil aufgrund von Interessensdifferenzen viele Konfliktgegenstände auf internationaler Ebene nicht verregelt sind, weil vorhandene Regelungen häufig nur regional und nicht global wirksam sind oder weil Staaten und Regierungen der Durchsetzungswille oder die -möglichkeiten fehlen. Zudem entziehen sich transnationale Konfliktgegenstände und Konfliktparteien in vielfacher Weise diesen internationalen Regelungsformen, etwa durch die territoriale Verlagerung von Standorten in Regionen mit geringer Regelungsdichte oder schwachen staatlichen Institutionen (z.B. failing states)

5) Frieden im Zeitalter der Globalisierung

Die beschriebenen Entwicklungen des Globalisierungsprozesses und der damit verbundenen transnationalen Konflikte sind nicht nur eine Bedrohung für das Zusammenleben in der Weltgesell-

schaft, sondern auch eine Herausforderung für unser Denken über internationale Politik (vgl. Calließ/Weller 2006). Hierbei dominiert noch immer die Dichotomie von innerstaatlichem Frieden auf der einen und internationalem Frieden auf der anderen Seite. Beide gelten als Aufgabe für die Staaten, die ihr Gewaltmonopol so einsetzen sollen, dass staatlich organisierte Gesellschaften im Frieden leben können und in den internationalen Beziehungen die staatliche Souveränität geachtet wird und Konflikte nicht zu Kriegen eskalieren. In der Weltgesellschaft ist jedoch die einzelstaatliche Souveränität eine umstrittene Norm, die etwa im Falle schwerer Menschenrechtsverletzungen nur noch eingeschränkt Geltung besitzt. Auch die oben beschriebenen Globalisierungsprozesse untergraben das Modell staatlicher Souveränität und dabei auch die staatlichen Handlungsmöglichkeiten für die Regelung transnationaler Konflikte.

Doch immer noch prägen vor allem jene Denktraditionen die Vorstellungen vom Frieden und seiner Verwirklichung, die internationale Politik als die Welt der Staaten sehen. Dabei wird etwa die pazifizierende Wirkung des Völkerrechts betont, seine ständige Fortentwicklung und die damit einhergehende Verrechtlichung der internationalen Politik (vgl. Zangl/Zürn 2004). Die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs gilt dabei als wichtiger Fortschritt auf diesem Wege. Andere erhoffen sich von internationalen Organisationen entscheidende Beiträge zum Weltfrieden, wurden darin aber jüngst enttäuscht, als die beabsichtigte Reform der Vereinten Nationen scheiterte. Wieder andere verweisen auf den stabilen Frieden zwischen Demokratien, der sich auch als Weltfrieden denken ließe. Gerade dieser interdemokratische Frieden dient aber zugleich immer wieder auch als Rechtfertigung militärischer Demokratisierungsstrategien – und *widerlegt* damit letztlich seine Visionstauglichkeit für den Weltfrieden. Und nicht zu vergessen: Die erhoffte friedensfördernde Wirkung grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen und des Freihandels, die sich vielfach hinter den ambivalenten Folgen der Globalisierung zu verstecken scheint und sich im Zeitalter der Globalisierung nur noch selten als Friedensstrategie zu erkennen gibt.

Doch diese Friedensstrategien geben keine direkte Antwort auf die Transnationalisierung der Konflikte und die zentralen Friedensgefährdungen im Zeitalter der Globalisierung (vgl. auch Ratsch et al. 2005). Die Tradition des Friedens-Denkens verweist uns vor allem auf den Frieden zwischen Staaten, auf das Ende zwischenstaatlicher Gewalt. Im Zeitalter der Globalisierung aber, der sich ständig ausweitenden grenzüberschreitenden gesellschaftlichen Interaktionen, geht eine ähnliche oder sogar noch größere Bedrohung für den Frieden von transnationalen Konflikten und ihren Eskalationsgefahren aus. Der Frieden in der Weltgesellschaft lässt sich heute nicht mehr als Aufga-

benstellung für die knapp 200 Staaten auf dieser Welt betrachten, sondern als eine *gesellschaftliche* Herausforderung, als Aufgabe in der Weltgesellschaft.

Die vielfältigen Formen transnationaler Konflikte und Gewalt sowie die transnationalen Verflechtungen innerstaatlichen Gewaltvorkommens stehen heute vor allem dem gedeihlichen weltgesellschaftlichen Zusammenleben entgegen. Ausländische Hilfen für Rebellengruppen, Waffenhandel, private Sicherheitsfirmen, organisierte Kriminalität, Terrorismus, Gewaltökonomien – alles Phänomene, die von der Staatenwelt nur partiell kontrolliert und verhindert werden. Natürlich versuchen die Staaten – teilweise –, auch diesen transnationalen Formen der Gewalt Herr zu werden. Dies kann aber nur dann gelingen, wenn die Staaten sich in den jeweiligen Zielsetzungen einig und zu koordiniertem Handeln fähig sind. An dieser Aufgabe scheitert die Staatengemeinschaft regelmäßig. Doch dieses Scheitern ist nicht so besonders verwunderlich, wissen wir doch, dass jeweils einzelne Regierungen – und ich sage hier bewusst nicht „Staaten“ – mit diesen Formen transnationaler Gewalt eng verbunden sind. Sie profitieren davon, unterstützen Gewaltakteure, beauftragen sie möglicherweise sogar damit oder liefern nicht nur die Hardware dafür, sondern auch die politische Legitimation für die Anwendung von Gewalt.

Denken wir diese Zusammenhänge in Konzepten der globalisierten Staatenwelt, sind wir schnell dabei, der einen Gewalt eine andere Gewalt entgegenzustellen, also transnationaler Gewalt mit militärischen Mitteln entgegenzutreten. Der US-dominierte Feldzug gegen den transnationalen Terrorismus ist das eindrucklichste Beispiel dafür – und auch für die Wirkungslosigkeit, nein sogar offensichtlich kontraproduktive Wirkung dieser Strategie. Das weltweite Ansehen der USA war wohl selten so einhellig und tiefgreifend beschädigt wie in den letzten Jahren, und der Antiamerikanismus in der arabisch-islamischen Welt kann sich seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak und den menschenverachtenden Folterpraktiken US-amerikanischer Soldaten auf ganzer Linie als bestätigt betrachten. Ein wesentlicher Grund für diese erfolglosen Bemühungen, den Friedensgefährdungen im Zeitalter der Globalisierung Einhalt zu gebieten, ist das fehlende Verständnis für transnationale Konflikte und deren Eskalationspotenzial zum gewaltsamen Austrag.

Eine Antwort auf die Gefährdungen durch transnationale Gewaltkonflikte stellen Global-Governance-Konzepte dar. Sie betonen, dass den Herausforderungen der Globalisierung nur mit grenzüberschreitender politischer Zusammenarbeit begegnet werden kann und dabei sowohl die internationale, die staatliche als auch die gesellschaftliche Ebene und die entsprechenden Akteure einzubeziehen sind (vgl. Messner/Nuscheler 2006; Weller 2003). Doch erfolgreiches Global Governance

hängt nicht nur vom gemeinsamen Handeln internationaler Organisationen, wichtiger Staaten und einflussreicher transnationaler Akteure ab, sondern auch von der Institutionalisierung entsprechender Verfahren und der Bezugnahme von Global Governance auf anerkannte Normen und Werte der Weltgesellschaft. Diese fünf Elemente wirken bei Global Governance zusammen und können wichtige Beiträge leisten für die Austragungsformen transnationaler Konflikte.*

6) Global Governance für den Frieden

Auch die Friedenspolitik muss sich im Zeitalter der Globalisierung vermehrt der Instrumente von Global Governance bedienen, wenn sie im Sinne der gesellschaftlich verankerten Friedensvorstellungen erfolgreich sein will. *Zwischenstaatliche Organisationen und Institutionen* sind ein wichtiges Element von Global Governance, ein zweites das Völkerrecht, die auf internationaler Ebene vereinbarten Normen und Regeln zwischenstaatlichen, aber auch transnationalen Zusammenlebens, auf deren Grundlage internationale Institutionen und Organisationen entstehen und arbeiten. Um den dynamischen Charakter dieses Regelwerks zu verdeutlichen, wird häufig von *internationaler Verrechtlichung* gesprochen, es geht um den Gesamtbestand sich auf einen globalen Wertekanon beziehender Vereinbarungen unter Staaten. Das dritte Element sind diese *Normen und Werte* selbst, die zwar in der Regel zwischen Staaten bzw. Regierungen kodifiziert werden, aber in den Gesellschaften verankert sein und Zustimmung erfahren müssen, wenn sie unabhängig von Sanktionsdrohungen ihre Kraft entfalten sollen. Da das internationale System keine unabhängige Sanktionsinstanz besitzt, sind internationale Normen und Regeln in besonderem Maße auf diese transnationale weltgesellschaftliche Verankerung angewiesen, aber auch auf gesellschaftliche Akteure, die sich dafür engagieren. Damit ist das vierte Element von Global Governance angesprochen: Globale Problembearbeitung ist nicht allein die Sache von Staaten, Regierungen und internationalen Organisationen, sondern auch von *nicht-staatlichen Akteuren, besonders von transnational agierenden Organisationen und Netzwerken* (Internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen – INROs, Transnationalen Konzernen – TNKs etc.). Als letztes Element von Global Governance müssen natürlich auch noch die *Staaten* genannt werden, die trotz Globalisierung und beschränkter einzelstaatlicher Handlungsfähigkeit wichtige Akteure von Global Governance sind, besonders bei einem koordinierten Vorgehen für gemeinsame Ziele, etwa im Rahmen internationaler Institutionen. Staa-

* Zu Global Governance vgl. auch den Text von Christoph Scherrer und Ulrich Brand in der FES-OnlineAkademie.

ten bleiben die Scharniere zwischen nationaler und internationaler Politik und auch in ihrer Rolle als Mitglieder internationaler Institutionen und Organisationen (UNO etc.) sowie als Vertragsparteien internationaler Verrechtlichung sind sie in entscheidender Weise am Zustandekommen von Global Governance beteiligt.

Wenn diese fünf Elemente von Global Governance in möglichst übereinstimmender Weise zusammenwirken, verbessert sich die Bearbeitung globaler Probleme und transnationaler Konflikte. Global Governance ist deshalb so wichtig, weil im Zeitalter der Globalisierung die politischen Aufgaben weder einzelstaatlich noch allein zwischenstaatlich zu erfüllen sind. Ohne verbindliche Regeln, die sich auf gesellschaftliche Normen und Werte beziehen, und die Mitwirkung einer Vielzahl gesellschaftlicher, transnationaler Akteure, stößt internationales Regierungshandeln schnell an die Grenzen einseitiger Macht- und Interessenpolitik. Es steht außerdem in der Gefahr, stärker der jeweiligen Herrschaftssicherung als der globalen Problembearbeitung zu dienen. Diese Gefahren für die Außen- und internationale Politik werden uns in besonderer Weise seit dem 11.9.2001 vor Augen geführt; sie zu begrenzen und kollektive statt partieller Ziele ins Zentrum globaler Politik zu stellen, ist eine der Aufgaben von Global Governance (vgl. Nuscheler/Weller 2002).

Für die Beförderung des Friedens bietet Global Governance mindestens die folgenden fünf Ansatzpunkte (vgl. auch Senghaas/Roth 2006):

1. Internationale Organisationen und Institutionen der Friedens- und Sicherheitspolitik bedürfen der stärkeren Rückbindung an gesellschaftliche Normen und Interessen, etwa durch Parlamentarisierung, bessere Ressourcenausstattung zur Koalitionsbildung mit transnationalen Akteuren, der stärkeren inhaltlichen Verknüpfung mit internationaler Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftspolitik zur langfristigen Friedenssicherung, um auch strukturelle Ursachen gewaltsamer Konfliktaustragung bearbeiten zu können. Gewaltprävention setzt Entwicklungsmöglichkeiten für alle gesellschaftlichen Gruppen voraus und ist damit aufs Engste mit Entwicklungspolitik und internationaler Wirtschaftspolitik verknüpft, die dieses ermöglichen oder verhindern können.
2. Die internationale Verrechtlichung darf nicht ins Stocken geraten, auch wenn die augenblickliche US-Regierung sich in einigen Fragen davon ausnimmt, wie alle Staaten dem Völkerrecht unterworfen zu sein. Gerade die gewaltfreie Konfliktbearbeitung ist auf das gegenseitige Vertrauen aller Staaten in die Regeleinhaltung angewiesen. Ebenso bedürfen die immer weiter zu-

nehmenden globalen Inter- und Transaktionen von Staaten und gesellschaftlichen Akteuren verlässlicher Regeln, um den Rückgriff auf die gewaltsame Durchsetzung von Interessen zu minimieren und die Möglichkeiten zur kollektiven Nutzensteigerung zu optimieren.

3. Gerade demokratische Gesellschaften, denen es gelingt, ihre gesellschaftlichen Konflikte weitgehend ohne die Anwendung von Gewalt auszutragen, sind besonders gefordert, ihre Normen und Werte von Frieden und den Umgang mit Konflikten weiterzuentwickeln, zu verfeinern und in der Auseinandersetzung mit anderen Vorstellungen und Erfahrungen zu überprüfen. Vor allem aber müssen demokratische Gesellschaften ihre Normen vom Umgang mit Konflikten auch und gerade in ihrem Außenverhalten, in der Interaktion mit anderen Gesellschaften und Staaten umsetzen. Wer auf der einen Seite die Regeleinhaltung gegenüber anderen propagiert und einfordert, auf der anderen Seite aber sich selbst Übertretungen oder Regelverbiegungen erlaubt, schwächt seine Glaubwürdigkeit und zugleich die Anerkennung der entsprechenden Normen und Werte, denen Demokratien ihre gesellschaftliche Stabilität verdanken.
4. Die Weiterentwicklung und Stärkung von Global Governance ist nicht allein auf die Umsetzung durch Regierungen, das Agieren von Staaten und die Formulierung entsprechender Forderungen angewiesen. Gesellschaftliche Akteure leisten einen wesentlichen Beitrag zu Global Governance, indem sie selbst aktiv werden, als INROs grenzüberschreitende Aktivitäten entfalten, durch Kontakte und transnationale Netzwerke auf vergessene Gewaltkonflikte aufmerksam machen, FriedensaktivistInnen vor Ort stärken und schützen, Ressourcen bereitstellen, usw. Im Rahmen transnationaler Beziehungen können jene Gruppen und Organisationen in einer von Gewaltkonflikten bedrohten Gesellschaft gestärkt und unterstützt werden, welche die gewaltfreie Konfliktaustragung praktizieren und sich dafür einsetzen. Zugleich geht es darum, den Normen-Diskurs immer wieder auf die politische Tagesordnung zu bringen, insbesondere die Außenpolitik daran zu messen und so dazu beizutragen, dass sich die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns erhöht. Gesellschaftliche Akteure wie Stiftungen, Kirchen, Hilfswerke und andere Organisationen sind aber auch wichtige Kooperationspartner für demokratische Regierungen, etwa bei der Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung im In- und Ausland, bei der Einbeziehung konfliktrelevanter Zusammenhänge in die internationale Entwicklungspolitik sowie beim Einsatz für Menschenrechte, freie Wahlen, faire Gerichtsverfahren etc.
5. Auch Staaten und ihre Regierungen können sich an verschiedenen Stellen für die Stärkung von Global Governance in der Friedenspolitik einsetzen, wie in den vorangegangenen Punkten

schon erwähnt wurde. Zentral hierbei bleibt aber, dass sie in ihrem eigenen Verantwortungsbereich, z.B. in der Ausländer-Politik, bei der Verbrechensbekämpfung, im Justizwesen, bei der Transparenz des Herrschaftsapparats, bei der Begrenzung sozialer Ungleichheit, in ihrer Militärpolitik usw., in der Umsetzung und Unterstützung einer konstruktiven gesellschaftlichen Konfliktkultur die Normen und Werte umsetzen und realisieren, die dem gesellschaftlichen Zusammenleben zugrundeliegen. Und ähnlich bedeutsam ist, dass sich Staaten auch in ihrem grenzüberschreitenden Agieren an diese Normen und Werte gebunden fühlen.

Die Förderung des Friedens verlangt auch nach Einmischung von außen in jene Konflikte, bei denen die Gewalt zu eskalieren droht. Solches zu erkennen setzt die Anwendung friedenswissenschaftlicher Erkenntnisse in der Analyse von Konfliktodynamiken voraus. Friedensförderlich wird aber nur jene Einmischung sein, welche zugleich die Norm des Friedens stärkt, indem sie den Konfliktparteien die Perspektive einer gewaltfreien Konfliktaustragung und einer konstruktiven Konfliktkultur aufzeigt. Wenn Staaten sich gemeinsam, verbunden in einer internationalen Institution, auf Normen und Regeln verpflichten, die gesellschaftlich breit verankert sind und mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung für den gewaltfreien Konfliktaustrag einsetzen, wird umgesetzt, was sich als Global Governance in der Friedenspolitik bezeichnen lässt. Dies könnte ein Weg zu mehr Frieden in der Weltgesellschaft sein.

7) Zusammenfassung

Mit der Globalisierung verlieren staatliche Grenzen zunehmend ihre trennende Kraft. Dies betrifft vor allem wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure, deren grenzüberschreitenden Interaktionen sich spürbar vereinfacht haben und daher immer weiter zunehmen und sich intensivieren. Diese transnationalen Beziehungen eröffnen für staatliche wie nicht-staatliche Akteure neue Handlungsmöglichkeiten, bringen aber zugleich auch neues Konfliktpotenzial mit sich. Außerdem treten immer neue transnationale, also gesellschaftliche Akteure, die in nicht nur in einem, sondern in mehreren Staaten ihre Handlungsfelder sehen, auf den Plan. Sie agieren weitgehend unabhängig von nationalen Einflüssen und nehmen inzwischen auch vermehrt Einfluss auf die internationale Politik. Durch diese Entwicklungen entstehen immer mehr transnationale Konflikte. Es ist nicht mehr nur die Konkurrenz zwischen Staaten um Ressourcen, Macht und Einfluss, was die internationalen Be-

ziehungen prägt. Auch die Interessensgegensätze zwischen transnationalen Akteuren sowie deren Konflikte mit Staaten und Regierungen spielen eine bedeutende Rolle für das Konfliktgeschehen in der globalisierten Welt.

Nicht mehr die Staatenwelt, sondern die Weltgesellschaft ist der Rahmen, in dem heute gegensätzliche Interessen, Wertvorstellungen und Identitäten aufeinander treffen. Teilweise sind Staaten auch Konfliktparteien im weltgesellschaftlichen Konfliktgeschehen. Aber vornehmlich stehen sich nicht-staatliche Akteure in transnationalen Konflikten gegenüber und es stellt sich die Frage nach der zukünftigen Rolle der Staaten für die Konflikte der Weltgesellschaft. Welche Institutionen für eine geregelte, gewaltfreie Konfliktaustragung stehen in der Weltgesellschaft heute und in Zukunft zur Verfügung?

Mit den Konzepten von Global Governance wird nicht nur für die ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen der Globalisierung ein Angebot für die politische Gestaltung des weltgesellschaftlichen Zusammenlebens gemacht, sondern auch für die Friedensgefährdungen durch transnationale Konflikte. Seine Umsetzung hängt nicht allein von der Bereitschaft von Staaten und Regierungen zu internationaler Zusammenarbeit ab, sondern auch vom (welt-) gesellschaftlichen Engagement. Die Normen für die gewaltfreie Austragung transnationaler Konflikte sind vorhanden und sie genießen breite Anerkennung. Häufig fehlen jedoch die Institutionen, die es den Parteien transnationaler Konflikte ermöglichen oder diese dazu drängen, ihre Auseinandersetzungen in Formen ziviler Konfliktbearbeitung auszutragen. Hier sind in besonderer Weise gesellschaftliche Gruppen und Organisationen gefragt. Die Globalisierung darf nicht weiter als Schicksal und die internationale Politik als Aufgabenfeld der Staaten verstanden werden. Heute geht es um die politische Gestaltung der Weltgesellschaft, die von den transnationalen Konflikten dann profitieren kann, wenn sie nicht zum gewaltsamen Austrag eskalieren und wenn sie als Motor für weltgesellschaftliche Entwicklung, Institutionalisierung und Reformen verstanden werden.

Christoph Weller, Dr. phil., ist Gesellschaftswissenschaftler und Friedensforscher und derzeit Stellvertretender Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen. Er arbeitet im Initiativkreis der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und im Lenkungsausschuss der

*Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit
(FriEnt) mit und ist Sprecher des AK Theorie der Arbeitsgemein-
schaft für Friedens- und Konfliktforschung.*

Literatur:

- Bonacker, Thorsten/ Weller, Christoph (Hrsg.) 2006: Konflikte der Weltgesellschaft: Akteure, Strukturen, Dynamiken, Frankfurt a.M.: Campus.
- Calließ, Jörg/ Weller, Christoph (Hrsg.) 2006: Chancen für den Frieden: Theoretische Orientierungen für Friedenspolitik und Friedensarbeit (Loccum Protokolle 76/03), Rehburg: Ev. Akademie Loccum.
- Debiel, Tobias/ Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2007: Frieden, Entwicklung, Umwelt, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuchverlag.
- Fues, Thomas/ Hamm, Brigitte (Hrsg.) 2001: Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance, Bonn: Dietz.
- Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz 2006: Das Konzept Global Governance – Stand und Perspektiven, in: Senghaas, Dieter/ Roth, Michèle (Hrsg.) 2006: Global Governance für Entwicklung und Frieden. Perspektiven nach einem Jahrzehnt, Bonn: Dietz, 18-79.
- Meyer, John W. 2005: Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mutz, Reinhard/ Schoch, Bruno/ Hauswedell, Corinna/ Hippler, Jochen/ Ratsch, Ulrich (Hrsg.) 2006: Friedensgutachten 2006, Münster: Lit-Verlag.
- Nuscheler, Franz/ Weller, Christoph 2002: Die Alternative zum Krieg gegen den Terrorismus: Global Governance in der Friedens- und Sicherheitspolitik, in: Schoch, Bruno/ Hauswedell, Corinna/ Weller, Christoph/ Ratsch, Ulrich/ Mutz, Reinhard (Hrsg.): Friedensgutachten 2002, Münster: Lit-Verlag, 205-214.
- Ratsch, Ulrich/ Mutz, Reinhard/ Schoch, Bruno/ Hauswedell, Corinna/ Weller, Christoph (Hrsg.) 2005: Friedensgutachten 2005, Münster: Lit-Verlag.
- Ruf, Werner (Hrsg.) 2003: Politische Ökonomie der Gewalt: Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg, Opladen: Leske + Budrich.
- Scholte, Jan Aart 2005: Globalization. A critical introduction, 2nd edition, New York.
- Senghaas, Dieter/ Roth, Michèle (Hrsg.) 2006: Global Governance für Entwicklung und Frieden. Perspektiven nach einem Jahrzehnt, Bonn: Dietz.

- Weller, Christoph 2000: Die öffentliche Meinung in der Außenpolitik. Eine konstruktivistische Perspektive, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Weller, Christoph 2002: Die massenmediale Konstruktion der Terroranschläge am 11. September 2001. Eine Analyse der Fernsehberichterstattung und ihre theoretische Grundlage (INEF-Report 63), Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden (<http://inef.uni-due.de/page/documents/Report63.pdf>).
- Weller, Christoph/ Kirschner, Andrea 2005: Zivile Konfliktbearbeitung – Allheilmittel oder Leerformel? Möglichkeiten und Grenzen eines viel versprechenden Konzepts, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2005, 10-29.
- Weller, Christoph 2003: Die Welt, der Diskurs und Global Governance: Zur Konstruktion eines hegemonialen Diskurses – eine Replik auf Ulrich Brand, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10: 2, 365-382.
- Zangl, Bernhard/ Zürn, Michael 2004: Verrechtlichung – Baustein für Global Governance?, Bonn: Dietz.